

Zu Punkt 5

WissensWerkStadt – Projektstand und Baukostensteigerung/Mehrkosten

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4134/2020-2025

Frau Mamerow erklärt, sie sei von den deutlichen Kostensteigerungen überrascht. Baukostensteigerungen seien erwartbar gewesen. Weitere Mehrkosten seien ihr unverständlich. So hätte sie – unter anderem bezogen auf die Straßenfassade – eine sorgfältige Bestandsaufnahme der Gebäudesubstanz vor Baubeginn erwartet. Entsprechende Erfahrungen hätten aus Bauprojekten der Vergangenheit, beispielsweise aus dem Umbau des Technischen Rathauses, vorliegen müssen. Darüber hinaus seien – trotz externer Projektsteuerung – weitere Mehrkosten, wie z. B. für den Innenausbau, noch nicht beziffert, sondern zunächst pauschal angekündigt. Vor diesem Hintergrund sehe sie die angedachte weitere Verlängerung der externen Projektsteuerung eher kritisch. Es bedarf hierzu einer näheren Erläuterung. Die Verwaltung solle darüber hinaus weitere Einsparmöglichkeiten prüfen und benennen, auch wenn sich dadurch Ausbaustandards reduzieren würden. Sie könne daher auf der heutigen Grundlage keinen Beschluss fassen und fordere stattdessen die Verwaltung auf, Kostensenkungspotenziale zu benennen, die noch umsetzbar seien und eine Beschlussfassung heute zu vertagen.

Herr Werner erklärt, seine Fraktion habe dem Projekt im gesamten bisherigen Verlauf nicht zugestimmt und werde dies auch heute nicht tun. Man sei von den ermittelten Kosten nicht überzeugt gewesen und dies gelte heute weiterhin. Hinzu käme, dass die Stadt mehr als 12 Mio. € in ein Gebäude investiere, das nicht in ihrem Eigentum stehe, sondern über 20 Jahre angemietet werde. Ihm stelle sich die Frage, ob die Stadt die Baukosten tatsächlich in dieser Höhe übernehmen müsse. Das künftige Nutzungskonzept sei bereits mehrfach eingefordert worden und fehle immer noch. Erst in Kenntnis dieser bisher noch fehlenden Informationen könne man sich mit den Mehrkosten befassen.

Herr Knauf erklärt, er teile die Ausführungen von Frau Mamerow und Herrn Werner. Die Kritik sei seinerzeit ebenfalls geäußert worden. Der Start erfolgte seinerzeit ohne ein vorliegendes Konzept. Auch seine Fraktion habe vor hohen Kostensteigerungen gewarnt. Auch er schließe eine heutige Beschlussfassung aus.

Herr Prof. Dr. Öztürk erklärt, auch er könne die Kostensteigerungen nicht gut finden. Er erinnert aber an die Idee, Menschen in der Stadtgesellschaft beim Thema Wissenschaft abzuholen und gerade keinen Elfenbeinturm am Campus zu schaffen. Er könne die geäußerte Kritik an fehlender Information und den Wunsch einer 2. Lesung verstehen und werde diesem Ansinnen auch zustimmen.

Frau Brockerhoff bittet dann auch um inhaltliche Konkretisierung des Betrages für den laufenden Betrieb ab 2022 bzw. 2023. Die Eröffnung sei lt. Vorlage erst für 2023 angedacht.

Herr Dr. Schmitz erinnert daran, dass es bereits in der Nutzungszeit des

Gebäudes als Stadtbibliothek Aussagen zum Renovierungsbedarf gab und ein gewisser Mehraufwand erwartbar war. Das Controlling habe hier zu spät eingesetzt. Jetzt gehe es um Schadensbegrenzung durch das Aufzeigen von Kostensenkungspotenzialen. Ein Weiterbau sei aber angesichts der bewilligten Fördermittel unabdingbar. Das Verschieben des heutigen Beschlusses dürfe nicht zu einem Baustopp führen.

Herr Werner hinterfragt den Weiterbau angesichts der entstandenen und noch entstehenden Mehrkosten. Man habe bereits seinerzeit gewarnt einen Mietvertrag über einen Zeitraum von 20 Jahren abzuschließen. Auch damit seien Fakten geschaffen worden, die nicht ohne ein finanzielles Millionenloch rückgängig gemacht werden könnten.

Herr Knauf verweist auf den im letzten Jahr gestellten Antrag „Notbremse“ zur Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses. Man stehe dem Projekt weiterhin kritisch gegenüber und müsse möglicherweise auch andere Nutzungen in den Blick nehmen. Das fehlende Nutzungskonzept bleibe ein Kernproblem.

Herr Dr. Schmitz hinterfragt die Kosten bei Realisierung einer „Notbremse“. Für den Fall, dass dann Fördergelder zurückzuzahlen seien, würde es für die Stadt noch viel teurer. Einer Notbremse aus ideologischen Gründen könne er nicht zustimmen. Er befürworte eine Kostenbegrenzung.

Der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss soll über die heutige 1. Lesung und die Inhalte der aufgeworfenen Fragen informiert werden. Der Finanz- und Personalausschuss wird sich mit der Vorlage und den zusätzlichen Erläuterungen direkt nach der Sommerpause erneut befassen.

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld zu beschließen:

- 1. Der Rat der Stadt Bielefeld begrüßt die weitere Entwicklung der WissensWerkStadt und sieht einer Eröffnung in 2023 positiv entgegen.**
- 2. Für das Haushaltsjahr 2023 ist im Haushaltsplan 2023 ein Betrag von einmalig zusätzlich 50.000 € für die Projektsteuerung vorzusehen**
- 3. Für das Haushaltsjahr 2023 ist im Haushaltsplan 2023 ein Betrag von einmalig zusätzlich 3.293.000 € für Mehrkosten des Umbaus vorzusehen.**

– 1. Lesung –
